



Nr. 304 | 17.01.2023

## Polen-Analysen

### Wohnraum und Wohnungspolitik in Polen

■ ANALYSE	
Wohnraum und Wohnungspolitik in Polen	2
Marek S. Szczepański, Schlesische Universität Kattowitz; WSB Universität, Dąbrowa Górnicza	
Anna Śliz, Warschauer Naturwissenschaftliche Universität	
■ STATISTIK	
Die Wohnungswirtschaft in Polen	6
<hr/>	
■ CHRONIK	
06. Dezember 2022 – 16. Januar 2023	12

## Wohnraum und Wohnungspolitik in Polen

Marek S. Szczepański, Schlesische Universität Kattowitz; WSB Universität, Dąbrowa Górnicza

Anna Śliz, Warschauer Naturwissenschaftliche Universität

DOI: 10.31205/PA.304.01

### Zusammenfassung

In Sicherheit zu leben, ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Das Sicherheitsgefühl ist eng mit dem Wohnraum, den der Betreffende zur Verfügung hat, verbunden; er vermittelt dem Menschen Ruhe und individuelle Ordnung und schützt seine Privatsphäre. Allerdings haben in Polen nicht alle die Möglichkeit, angemessenen Wohnraum zu mieten oder zu erwerben. Daher beschließt die Politik verschiedene Maßnahmen, um den Bürgern den Zugang zu Wohnraum zu erleichtern. Sie richten sich vor allem an diejenigen, die die Bedingungen des immer teurer werdenden Wohnungsmarktes nicht erfüllen können. Die Eigendynamik des Wohnungsbaus in Polen hat zur Folge, dass neu gebaute *gated communities* neben verarmten Plattenbausiedlungen aus sozialistischer Zeit stehen, der Suburbanisierungsprozess ohne entsprechende Kontrolle voranschreitet und im Jahr 2022 noch jeder zwölfte Einwohner in einer Wohnung lebte, die ohne grundlegende Sanitärinstallationen ausgestattet war.

### Wohnen als Grundbedürfnis

Einer der wichtigsten Bestandteile einer Stadt ist der Wohnraum, konkret Wohnungen und Häuser. Nach der Theorie des US-amerikanischen Soziologen Yi-Fu Tuan (1987) ist der Wohnraum (im Unterschied zum Raum der Stadt) ein überschaubarer Ort und ein Schutzraum. Er bedeutet Sicherheit und in ihm gilt eine individuell gesetzte Ordnung. Jeder Mensch braucht Wohnraum, aber nicht jeder kann dieses Grundbedürfnis selbst befriedigen. Daher kommt dem Staat die wichtige Aufgabe zu, politisch dahin gehend zu wirken, dass den Menschen die Anmietung oder der Kauf einer Wohnung oder eines Hauses erleichtert wird. Die Frage des Wohnraums ist mit der Idee des »Rechtes auf Stadt« (Henri Lefebvre) verbunden, das aus soziologischer Perspektive das Recht der städtischen Gemeinschaft auf vergleichbare Lebensniveaus und Mitbestimmung über den städtischen Raum beinhaltet. Hier kommt den Entscheidungen über die Lokalisierung von Wohnsiedlungen und ihre Funktionalität im städtischen Kontext (mit Blick auf Wohnung, Arbeit, Dienstleistungen) und vor allem im Alltag ihrer Bewohner eine wichtige Rolle zu.

### Die staatliche Wohnungspolitik

Ein wichtiges Politikfeld des Staates ist der Wohnungsbau. Hier ist es seine Aufgabe, den Menschen bei der Anmietung oder dem Kauf einer Wohnung oder eines Hauses zu helfen. Bevor wir die aktuellen Maßnahmen und Probleme der Wohnungspolitik in Polen vorstellen, sei kurz an die Zeit des Realsozialismus erinnert, dessen Wohnungspolitik bis heute sichtbar ist. Zu nennen wäre vor allem die zentral betriebene Politik des Bauens großer Plattenbausiedlungen, deren Wohnungsangebot

sehr standardisiert und gleichförmig war. Von großer Bedeutung waren die neu entstandenen sogenannten sozialistischen Städte, die in der Regel die Funktion von Schlafstädten für die großen Industrieansiedlungen hatten, so beispielsweise die Stadt Tychy in der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie). Die Wohnungspolitik der sozialistischen Epoche richtete sich an dem Grundsatz aus, dass Wohnen immer mit dem Arbeitsplatz verknüpft ist und der Mensch immer da wohnen soll, wo er arbeitet. Daher verfolgte man das Ziel, die Wohnsiedlungen in der Nähe der Produktionsbetriebe zu bauen. Am besten illustriert das die Infrastruktur, die in der Nachbarschaft der Kohlebergwerke in den Städten Oberschlesiens entstand. Sie ist auch heute noch sichtbar, festzustellen ist allerdings eine tiefgreifende Verarmung in den meisten Wohnsiedlungen.

Im Zuge der Systemtransformation begann sich die Wohnsituation in Polen deutlich zu verändern. Wohnungen wurden zum Konsumgut auf dem freien Markt und ihre Preise begannen gewaltig zu steigen. Für die Mehrheit wurde eine Wohnung ein Luxusgut, insbesondere weil die Polen eine Eigentumswohnung einer Mietwohnung eindeutig vorziehen. Nach 1989 versuchte jede Regierung, vor allem jungen Menschen beim Kauf, aber auch der Anmietung einer Wohnung zu helfen, doch keines der aufgelegten Wohnungsprogramme war durchschlagend erfolgreich. Heute wird die Wohnungspolitik sowohl zentral als auch kommunal betrieben, wobei die Kommunen meistens die Ausführenden der Regierungsprogramme sind. Die Kommunen sind also nicht nur ein wichtiger politischer Akteur bei der Ertüchtigung des Raumes, sondern sie verfügen auch in Form von Kommunal-/Sozialwohnungen über eigene Wohnraumressourcen.

Um Kommunalwohnungen können sich zwei Gruppen bewerben: Erstens Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation, sei es materieller oder gesundheitlicher Art, befinden; zweitens Personen, die von einer Zwangsräumung betroffen sind und das Recht auf eine Sozialwohnung haben. Die Frage der Sozialwohnungen betrifft vor allem die Städte und ihre Anzahl verringerte sich deutlich. Im Jahr 1990 gab es in Polen 1.980.300 Sozialwohnungen, was 16,7 Prozent des Wohnungswesens ausmachte. Im Jahr 2016 war die Zahl auf 868.500 gesunken (6,1 Prozent). Die Wohnraumressourcen der Kommunen hatten sich also drastisch reduziert. 2016 konnten die vorhandenen Kommunalwohnungen nur 1,1 Prozent des Bedarfs nach solchem Wohnraum decken. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass sich die Städte auch mit einem großen Leerstand konfrontiert sehen, dessen Ursache hauptsächlich im Missverhältnis zwischen den unangemessenen Mietsätzen und dem Standard der Wohnung liegt – die Städte halten ihre Wohnraumressourcen aufgrund fehlender finanzieller Mittel immer weniger in stand. Hinzu kommt, dass der Standard einer Kommunalwohnung prinzipiell niedrig ist. Untersuchungen von *Habitat for Humanity Poland* aus dem Jahr 2018 zeigen, dass der Wohnungsmangel sowie die schlechten Wohnverhältnisse eines der drei wichtigsten Probleme polnischer Familien waren, so die Angaben von 40 Prozent der Befragten.

Wie bereits erwähnt, liegt die Realisierung der Wohnungsprogramme in hohem Maße bei den Kommunen, wenngleich die politischen Festlegungen dafür von der Zentralregierung vorgegeben werden. Aktuell ist das bekannteste Wohnungsprogramm »Wohnung Plus« (*Mieszkanie Plus*), das aus zwei Säulen besteht. Erstens aus der »Marktsäule«, die Personen mit mittlerem Einkommen nutzen können. Das Programm umfasst das Mieten einer Wohnung oder eines Hauses, wobei das Mietobjekt im Laufe der Zeit als Eigentum erworben wird. Es ist für diejenigen vorgesehen, die keinen Kredit, aber auch keine Sozialwohnung bekommen. Die Mieten in diesen Wohnungen orientieren sich an den Mietsätzen am Markt. Zweitens gibt es die »Soziälsäule«, die auf Beschäftigte mit mittlerem bis geringem Einkommen zielt. In diesem Programm entstehen Wohnungen mit staatlicher finanzieller Beteiligung. Es handelt sich dabei um Mietwohnungen, deren Miethöhe gesetzlich beschränkt ist. Dies betrifft Wohnungen der Gesellschaft für Soziales Bauen (*Towarzystwo Budownictwa Społecznego*). Diese seit 1995 realisierte Form des geförderten Wohnungsbaus hat zum Ziel, Mietwohnungen mit einem guten Standard sowie einer gemäßigten Miethöhe für Menschen mit mittlerem Einkommen zu bauen. Das Programm der Gesellschaft für Soziales Bauen kam in der Mehrheit der polnischen Städte zum Tragen, wenngleich seine Wohnraumressourcen

beschränkt sind. Die zweite Art des Wohnraums mit festgelegten Mietpreisen ist der kommunale Wohnungsbau, bei dem der Mietpreis von den Kommunen festgelegt wird. Eine Wohnung in dieser Sparte zu bekommen, ist an bestimmte Bedingungen geknüpft wie unzureichende Wohnverhältnisse sowie ein niedriges Haushaltseinkommen pro Kopf. Vorrang bei der Vergabe dieser Wohnungen haben kinderreiche Familien.

In den letzten Jahren wurden verschiedene Unterstützungsprogramme im Bereich der Wohnungswirtschaft eingeführt. Umfragen des Meinungsforschungsinstituts *CBOS* zeigten die größte Zustimmung für die Regelung, dass der Bau eines Einfamilienhauses mit einer Grundfläche bis zu 70 m<sup>2</sup> keiner Baugenehmigung mehr bedarf. Ein Programm, das den Wohnungserwerb ohne die Anzahlung eines Eigenanteils als Voraussetzung für den Erhalt eines Kredits ermöglicht, befürworten vor allem Menschen mit geringerem Einkommen, denen es schwer fällt, Rücklagen zu bilden. Hier handelt es sich um Personen, die überwiegend in kleineren Städten leben. Positiv wurde auch ein Unterstützungsprogramm für Familien bewertet, das bei der Rückzahlung des Kredits die Anzahl der Kinder berücksichtigt: Je mehr Kinder, desto größer fällt hier die staatliche Unterstützung aus.

Alle hier angeführten Beispiele gehören zum Nationalen Wohnungsprogramm, welches das Ziel verfolgt, denjenigen Zugang zu Wohnraum zu ermöglichen, deren Einkommen aktuell weder Erwerb noch Anmietung zu Marktpreisen erlaubt. Die Wohnungsprogramme richten sich vor allem an junge Familien. Die Politik hat festgelegt, dass bis zum Jahr 2030 die Anzahl von Wohnungen in Polen pro 1.000 Einwohner auf 435 steigen soll. Ende 2018 betrug die Anzahl 380,5 Wohnungen. In den Ländern der Europäischen Union lag sie bei 400 bis 500 Wohnungen. Den Kommunen und Investoren erleichtern die Wohnungsprogramme, Flächen für Investitionen in den Wohnungsbau zu erwerben. Das beschleunigt den Bau und senkt seine Kosten und ist somit auch für die führende Rolle der Kommunen in der polnischen Wohnungspolitik von Bedeutung.

Trotz der hier skizzierten Programme ist die Wohnungssituation in Polen nicht gut. Viele, vor allem junge Polen, erfüllen weder für den Kauf einer Wohnung noch für die Anmietung, noch für die Bewilligung eines Kredits die finanziellen Voraussetzungen. Viele junge Polen wohnen mit den Eltern oder Großeltern zusammen. Diese Situation hat sich infolge der Corona-Pandemie sowie des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, als viele Flüchtlinge nach Polen kamen und die Mietpreise drastisch anstiegen, noch verschlechtert. Die wirtschaftliche Lage Polens, die zurzeit von der sehr hohen Inflation mitbestimmt wird, bewirkte den Anstieg der Kreditzinsen, vor allem bei den Hypothekendarlehen.

Zwar führte der Staat eine befristete Ratenaussetzung (sogenannte Kreditferien) ein, aber das half dem Wohnungskreditmarkt nicht. Der Wert der gewährten Hypothekendarlehen fiel im August 2022 um 69,4 Prozent gegenüber 2021. Alle unternommenen Maßnahmen führen nicht zu einer umfänglichen Lösung des Wohnungsproblems in Polen, und die Preise für den Kauf wie für die Miete von Wohnungen sind für viele Polen weiterhin schwer zu realisieren.

### Gated communities und Suburbanisierung

Eines der wichtigsten Rechte auf Stadt ist das Recht zu wohnen, das heißt die Möglichkeit, eine eigene oder gemietete Wohnung oder Haus zu bewohnen. Dieses Recht ist in hohem Maße mit dem materiellen Status der Einwohner der Städte verknüpft. Festzustellen sind auf der einen Seite irrsinnig teure und prestigeträchtige geschlossene Wohnanlagen (*gated community*), auf der anderen Seite Armutsgghettos. Erstere ziehen Bewohner an, die ihren Privatbereich verbergen und ihr Eigentum schützen wollen, sie versprechen Sicherheit und Lebenskomfort, und der allen zugängliche öffentliche Raum wird außen vor gelassen. Die Welt der abgegrenzten Wohnanlagen öffnet ihre Tore nur Auserwählten. Das andere Extrem sind die Armutsgghettos. Sie sind offen und unsicher. Sie entstehen u. a. durch externe Abgrenzungsbewegungen sowie dadurch, dass sich ihre Bewohner selbst den Chancen verschließen, die ihnen die »Welt da draußen« bietet. Ein Charakteristikum der Armutsgghettos ist ihre spezifische Gemeinschaft, und zwar die Krisengemeinschaft. Sie verbindet diejenigen, die von der sie umgebenden sozialen Realität abgewiesen wurden. Auch Armutsgghettos sind von sozialer Homogenität geprägt, das heißt dem gleichen Alltagsszenario ihrer Bewohner.

Laut Daten der Nationalen Volks- und Wohnraumzählung 2021 (*Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań 2021*) hat Polen 38.036.118 Einwohner (31. März 2021), was ein Rückgang von 1,2 Prozent im Vergleich zu 2011 ist. Die Anzahl der Wohneinheiten betrug 15.227.927 und hat sich gegenüber 2011 um 12,8 Prozent erhöht. Die Wachstumsdynamik bei den Wohneinheiten ist in den Städten größer als in den ländlichen Gebieten bei gleichzeitigem Rückgang der Einwohnerzahl in einigen der größten Ballungsgebiete. Den größten Bevölkerungszuwachs verzeichnen Gemeinden, die in unmittelbarer Nachbarschaft der größten Städte liegen, was an der Anziehungskraft der Großstädte als attraktiver Arbeitsmarkt liegt. Dieser Prozess der Suburbanisierung betrifft jedoch nicht nur die großen, sondern auch die mittleren Städte. Die Polen sind bereit, ins Umland der Städte zu ziehen, allerdings in eine Entfernung, die die unkomplizierte Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes gewährleistet. So zeichnet sich der

Suburbanisierungsprozess durch eine deutliche Dynamik aus, was insbesondere die Großstädte Warschau (Warszawa), Lodz (Łódź), Posen (Poznań) und Krakau (Kraków) betrifft. Jedoch ist dieser seit Jahren zu beobachtende Prozess in Polen schwächer ausgeprägt als in Nordamerika oder westeuropäischen Staaten, was auf die immer noch schwach entwickelte Infrastruktur in den Bereichen Transport und Institutionen (Kindertagesstätten, Schulen, Arbeitsplätze) zurückzuführen ist. Zwar führt die Entstehung von Wohnraum in den Vorstädten und im Umland dazu, dass sich Verbindungen zwischen der Kernstadt und ihren Rändern entwickeln, aber ihre Funktionalität ist in unterschiedlichen Bereichen unterschiedlich fortgeschritten. Als Ursachen für die andauernde Suburbanisierung lässt sich vor allem der Mangel an Bauflächen in der Kernstadt ausmachen. Sollte es sie geben, dann zu sehr hohen Preisen, so dass sie von gut situierten Investoren gekauft werden, die ihrerseits die sehr hohen Preise der dort gebauten Wohnungen diktieren. Auf der anderen Seite muss man sich klarmachen, dass das Leben außerhalb der Kernstadt mit Blick auf den dort herrschenden Lärm und Stress eine Verbesserung der Lebensqualität bedeuten kann.

Ein wichtiges Problem ist, dass der Prozess der Suburbanisierung in Polen ohne angemessene Kontrolle stattfindet, was zu Chaos bei der Erschließung und Bewirtschaftung von Flächen und zur Zerstörung von Siedlungsstrukturen führt. Die Folge sind die Beschädigung von Grünflächen und die Zerstörung der über Jahrzehnte gewachsenen sozial-kulturellen räumlichen Ordnung. Die rasch steigenden Lebenshaltungskosten in der Stadt zwingen viele Menschen, eine günstigere Alternative zu suchen. Neben der Suburbanisierung gehört dazu auch die Rückkehr ins Elternhaus oder das Zusammenleben mit den Großeltern, wenn eine solche Möglichkeit besteht. Für viele Familien ist es aus finanziellen Gründen heute unmöglich, einen eigenen Haushalt zu unterhalten. Ähnlich ist es beim Kauf einer eigenen Wohnung oder eines eigenen Hauses, was eine verlangsamende Wirkung auf die Dynamik des Wohnungsmarktes ausübt.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in den letzten Jahren der Anteil der Einwohner von Städten, aber auch von Dörfern zugunsten kleinerer Städte und des städtischen Umlands rückläufig war. Nach den Daten von Eurostat (2018) lebt immer noch die Mehrheit der Polen auf dem Land (41,1 Prozent). In Großstädten leben 34,4 Prozent und in deren Umland sowie in Kleinstädten 24,4 Prozent. Die Mehrheit der Polen lebt in Häusern (55,8 Prozent), vor allem in frei stehenden, die in den ländlichen Gebieten vorherrschen. Nur zwölf Prozent der Häuser befinden sich auf dem Gebiet von Großstädten, wo das Mehrfamilienhaus (Plattenbau ebenso wie moderne Appartementbauweise) überwiegt. In sol-

chen Wohnungen leben 44,6 Prozent der Polen (2018). Drei Viertel der Polen sind Immobilieneigentümer und 16 Prozent Mieter.

### Undichte Dächer, fehlende Badezimmer

Auch die Wohnverhältnisse in Polen weisen deutliche Unterschiede auf. Die Differenzierung des Wohnraums in geschlossene Wohnanlagen und Armutshettos geben das Problem nicht in Gänze wieder. Die durchschnittliche Wohnungsgröße liegt in Polen bei 61,5 m<sup>2</sup>, womit Polen im ostmitteleuropäischen Durchschnitt, aber deutlich unter dem der westeuropäischen Staaten liegt. Durchschnittlich steht pro Person 1,1 Zimmer zur Verfügung und 38 Prozent der Polen leben in überbelegten Wohnungen, was ein deutlich schlechteres Ergebnis als in vielen Staaten Europas, auch der ostmitteleuropäischen, ist.

Obgleich sich die Wohnverhältnisse im Allgemeinen verbessern, muss festgehalten werden, dass im März 2021 5,2 Prozent der Wohnungen nicht mit drei grundlegenden Sanitärinstallationen ausgestattet waren: Wasserleitung, Toilette und Badezimmer. 2,9 Prozent hatten keinen Zugang zu fließendem Wasser aus der Wasserleitung. 4,3 Prozent der Wohnungen hatten kein Badezimmer.

Jede zweite Wohnung wird mit Zentralheizung geheizt oder ist an das Gasnetz angeschlossen; 8,1 Mio.

#### Über die Autoren

Prof. Dr. *Marek S. Szczepański*, Soziologe, ist Professor am Institut für Soziologie der Schlesischen Universität in Kattowitz (Uniwersytet Śląski, Katowice) und an der WSB Universität (Akademia WSB) in Dąbrowa Górnicza. Seine Forschungsschwerpunkte sind soziologische Theorien, Regionen und lokale Gemeinschaften, Stadt und Raum sowie soziale Entwicklungen und Veränderungen.

Prof. Dr. *Anna Śliz*, Soziologin, ist Professorin am Institut für Soziologie und Pädagogik der Warschauer Naturwissenschaftlichen Universität (Szkola Główna Gospodarstwa Wiejskiego w Warszawie). Ihre Forschungsinteressen sind soziologische Theorien, gesellschaftliche und ethnische Konflikte, soziale Entwicklungen und Veränderungen und multikulturelle Gesellschaften.

#### Lesetipp

- Szczepański, Marek S.; Śliz Anna: Prawo do miasta. Spojrzenie socjologiczne [Das Recht auf Stadt. Ein soziologischer Blick]. In: Maciej J. Nowak (Hg.): Prawo do miasta a wyzwania polityki miejskiej w Polsce [Das Recht auf Stadt und die Herausforderungen städtischer Politik in Polen]. Warszawa 2022, S. 54–71.

Wohnungen werden individuell – vorwiegend mit Kohle – beheizt.

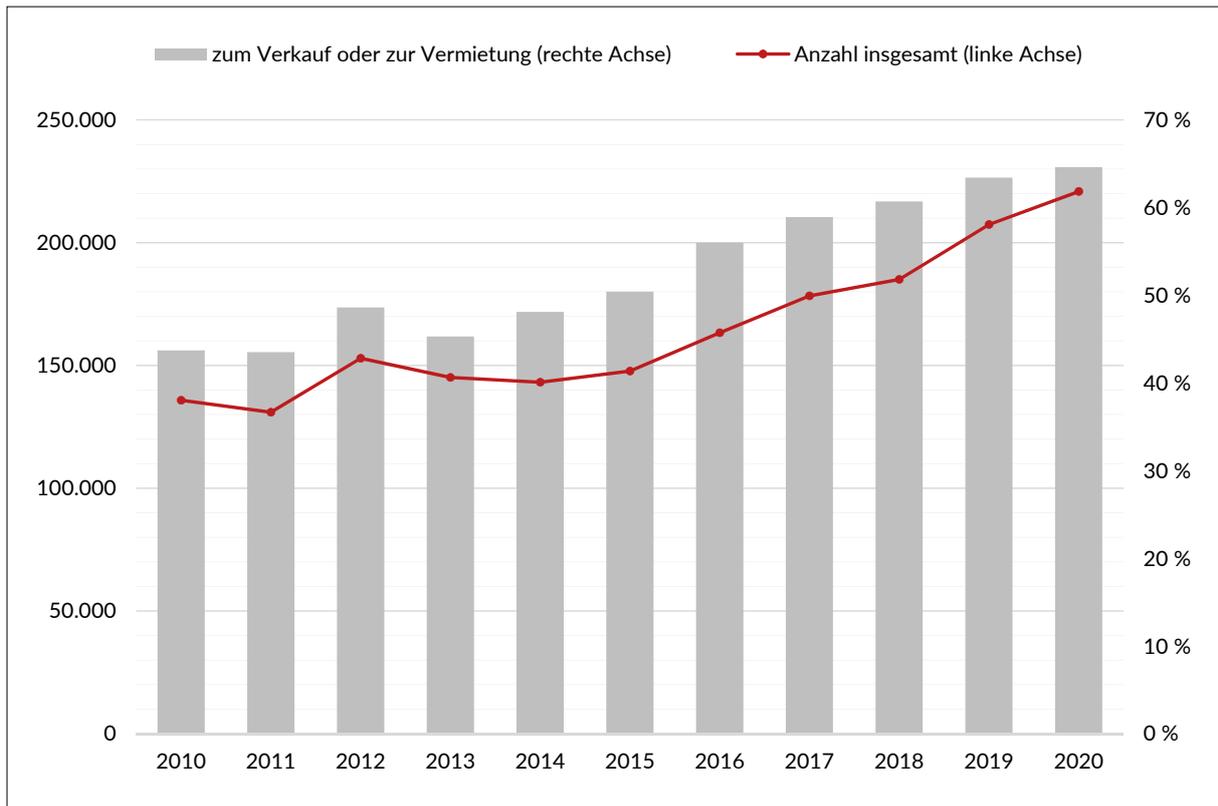
Auch der im November 2022 von der Nichtregierungsorganisation *Szlachetna Paczka* veröffentlichte »Arbeitsbericht 2022« (*Raport o biedzie 2022*) präsentiert Daten zur Wohnsituation der Polen. Demnach leben knapp 2,5 Mio. Polen in Gebäuden, wo das Dach, Türen oder Fenster undicht und Decken und Wände feucht sind. Fast drei Prozent der Haushalte in Polen haben kein fließendes Wasser und jeder zwölfte Einwohner lebte im Jahr 2022 in Wohnungen ohne Badezimmer und Toilette. Knapp die Hälfte der Polen heizt ihr Zuhause mit Kohle, auf dem Land sind es 77 Prozent. Die angeführten Zahlen sind nicht erschreckend hoch, wenn man die historische Situation des Wohnungswesens in Polen zum Vergleich nimmt, aber für das 21. Jahrhundert sind sie eindeutig beschämend.

Die Qualität des städtischen Raumes bestimmt die Lebensqualität seiner Einwohner. Stadt- und Wohnraumplanung gehören also zu den verantwortungsvollsten Aufgaben der Politik und öffentlichen Verwaltung. Der finnische Architekt Alvar Aalto formulierte einst treffend: »Architektur wird nicht die Welt retten, aber sie kann mit gutem Beispiel vorangehen. Denn die Städte müssen ihren Einwohnern dienen.«

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

## Die Wohnungswirtschaft in Polen

Grafik 1: Anzahl der fertig gestellten, bezugsfertigen Wohnungen (2010–2020)

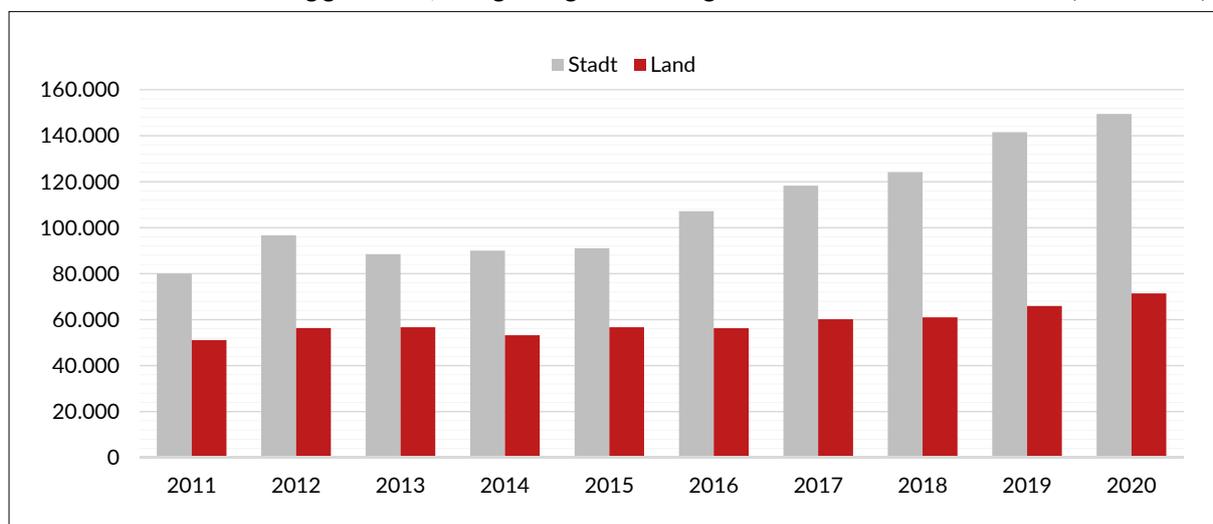


	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Anzahl insgesamt (linke Achse)	135.835	130.954	152.904	145.136	143.166	147.711	163.325	178.342	185.063	207.425	220.831
zum Verkauf oder zur Vermietung (rechte Achse)	43,7 %	43,5 %	48,6 %	45,3 %	48,1 %	50,4 %	56,0 %	58,9 %	60,7 %	63,4 %	64,6 %

Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS).

Quelle: <https://www.ciekawostatystyki.pl/budownictwo-mieszkaniowe-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

**Grafik 2: Anzahl der fertig gestellten, bezugsfertigen Wohnungen in der Stadt und auf dem Land (2011–2020)**

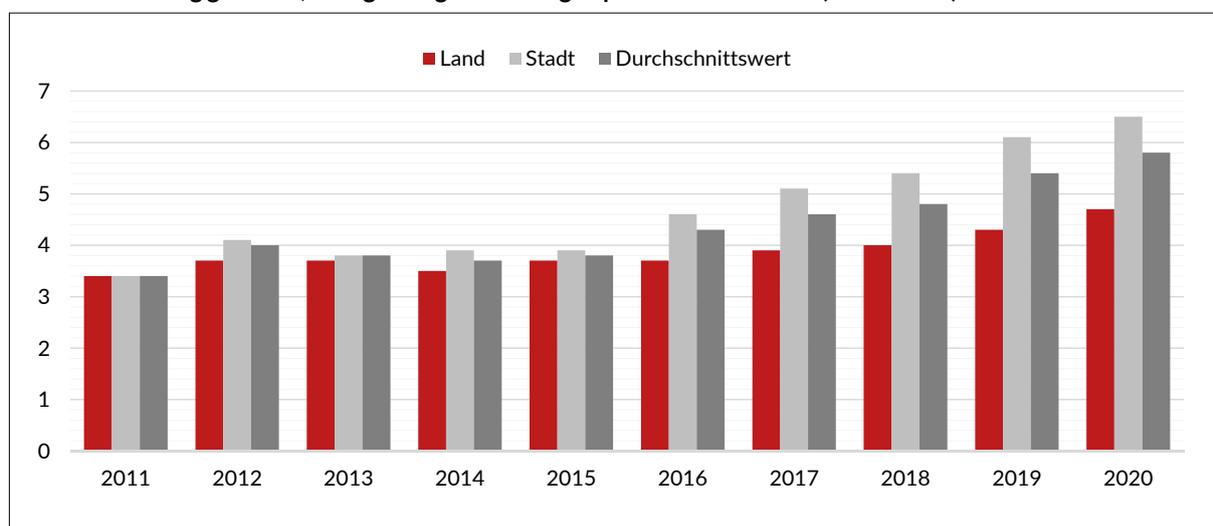


	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Stadt	79.948	96.632	88.469	90.010	91.041	107.096	118.203	124.104	141.520	149.438
Land	51.006	56.272	56.667	53.156	56.670	56.229	60.139	60.959	65.905	71.393

Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny - GUS).

Quelle: <https://www.ciekawestatystyki.pl/budownictwo-mieszkaniowe-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

**Grafik 3: Fertig gestellte, bezugsfertige Wohnungen pro 1.000 Personen (2011–2020)**

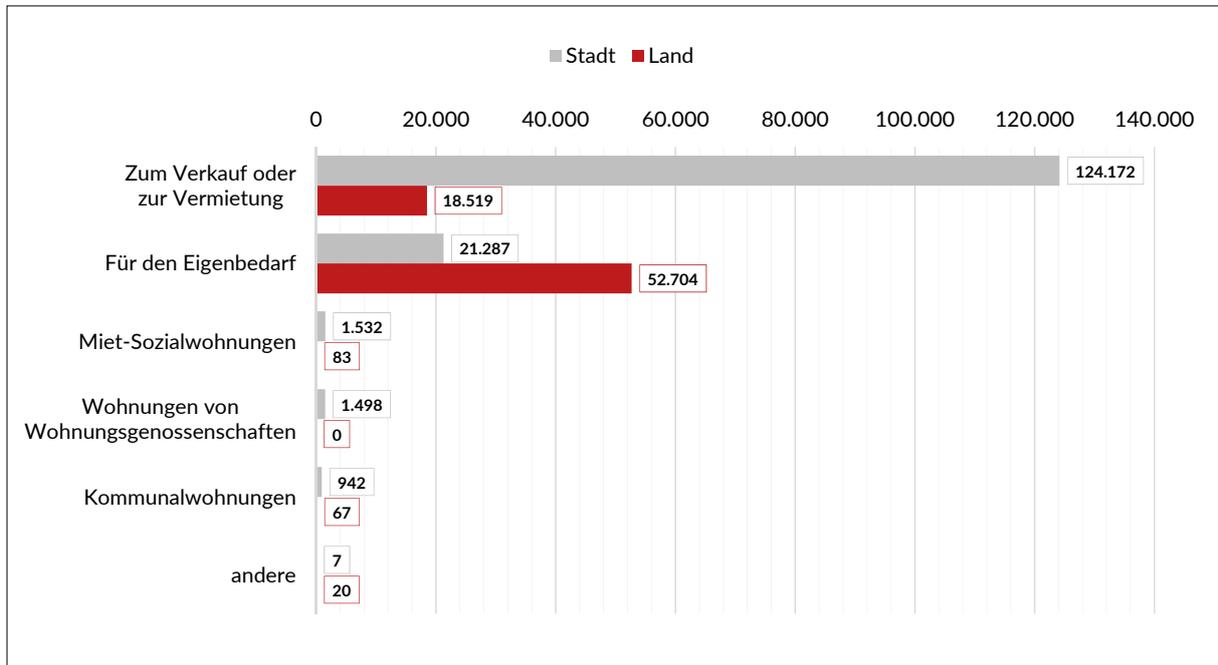


	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Land	3,4	3,7	3,7	3,5	3,7	3,7	3,9	4,0	4,3	4,7
Stadt	3,4	4,1	3,8	3,9	3,9	4,6	5,1	5,4	6,1	6,5
Durchschnittswert	3,4	4,0	3,8	3,7	3,8	4,3	4,6	4,8	5,4	5,8

Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny - GUS).

Quelle: <https://www.ciekawestatystyki.pl/budownictwo-mieszkaniowe-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

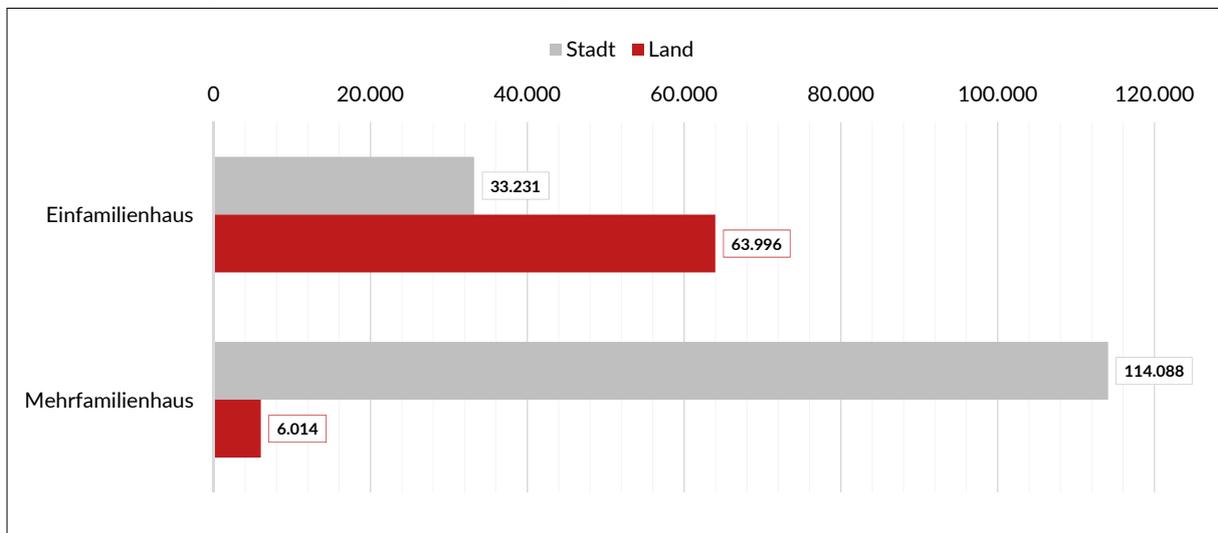
**Grafik 4: Fertig gestellte, bezugsfertige Wohnungen (2020, nach Wohnungsart)**



Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny - GUS).

Quelle: <https://www.ciekawestatystyki.pl/budownictwo-mieszkaniowe-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

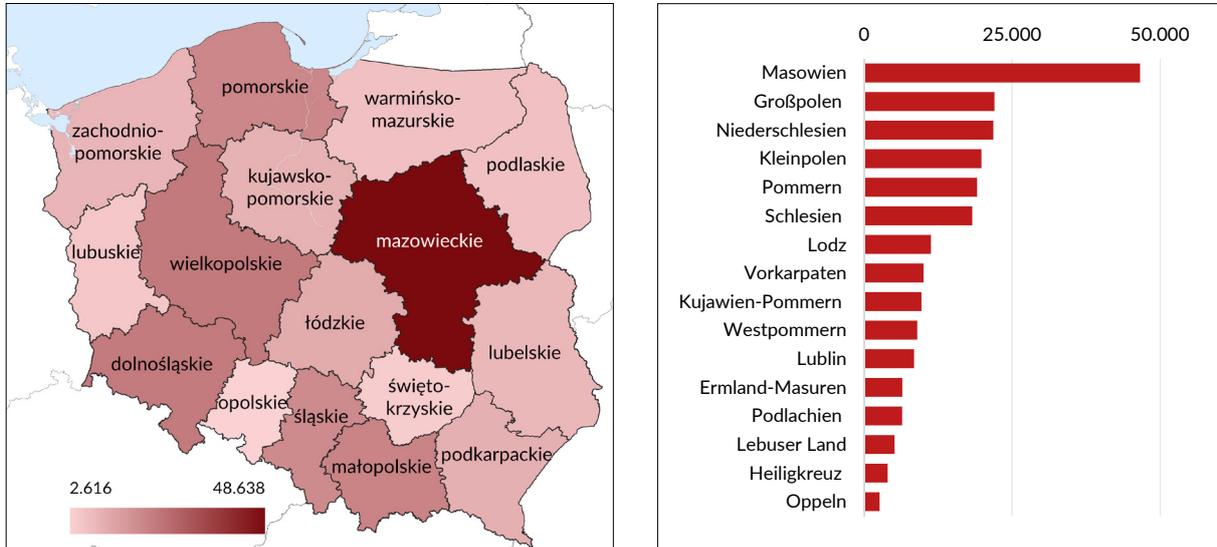
**Grafik 5: Fertig gestellte, bezugsfertige Wohnungen (2020, nach Haustyp)**



Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny - GUS).

Quelle: <https://www.ciekawestatystyki.pl/budownictwo-mieszkaniowe-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

**Grafik 6: Bezugsfertige Wohnungen 2020 (nach Woiwodschaften)**

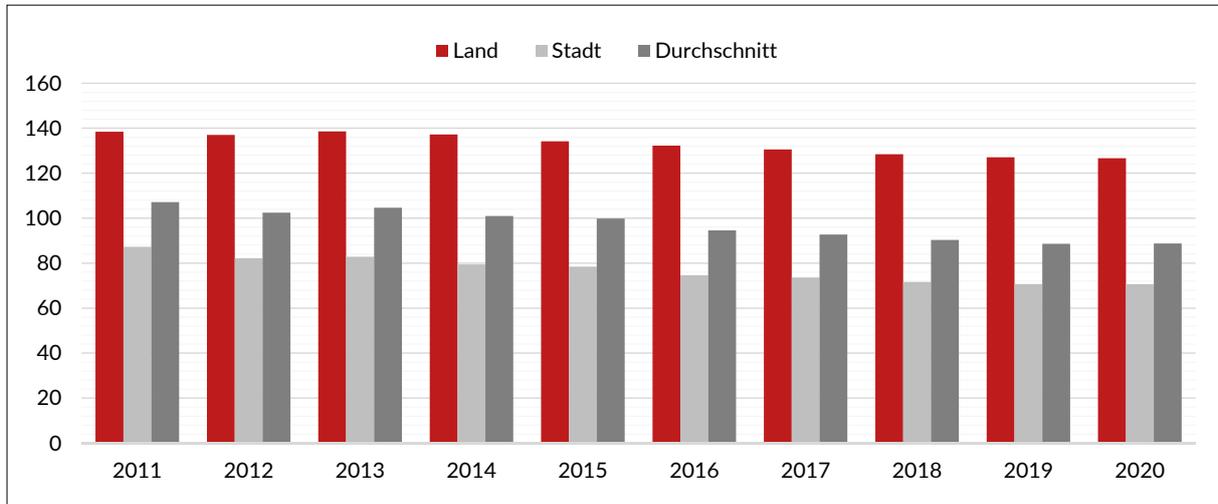


Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	6.460
Großpolen (wielkopolskie)	22.031
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	3.974
Kleinpolen (małopolskie)	19.843
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	9.690
Lebuser Land (lubuskie)	5.162
Lodz (łódzkie)	11.283
Lublin (lubelskie)	8.449
Masowien (mazowieckie)	46.638
Niederschlesien (dolnośląskie)	21.861
Oppeln (opolskie)	2.616
Podlachien (podlaskie)	6.424
Pommern (pomorskie)	19.088
Schlesien (śląskie)	18.275
Vorkarpaten (podkarpackie)	10.043
Westpommern (zachodniopomorskie)	8.994

Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny - GUS).

Quelle: <https://www.ciekawostatystyki.pl/budownictwo-mieszkaniowe-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

**Grafik 7: Durchschnittliche Nutzfläche neu gebauter Wohnungen in der Stadt und auf dem Land (2011–2020, m<sup>2</sup>)**

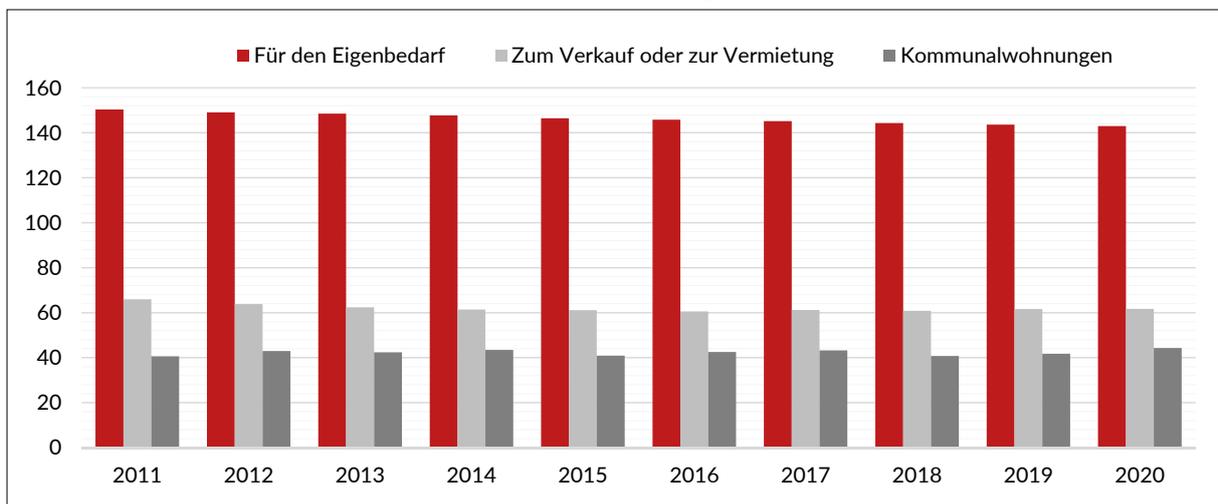


	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Land	138,4	137	138,5	137,2	134,1	132,2	130,5	128,4	127	126,6
Stadt	87,2	82,2	82,8	79,4	78,4	74,6	73,6	71,6	70,7	70,6
Durchschnitt	107,1	102,4	104,6	100,9	99,8	94,5	92,7	90,3	88,6	88,7

Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS).

Quelle: <https://www.ciekawestatystyki.pl/budownictwo-mieszkania-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

**Grafik 8: Durchschnittliche Nutzfläche neu gebauter Wohnungen (Wohnungstyp, 2011–2020, m<sup>2</sup>)**

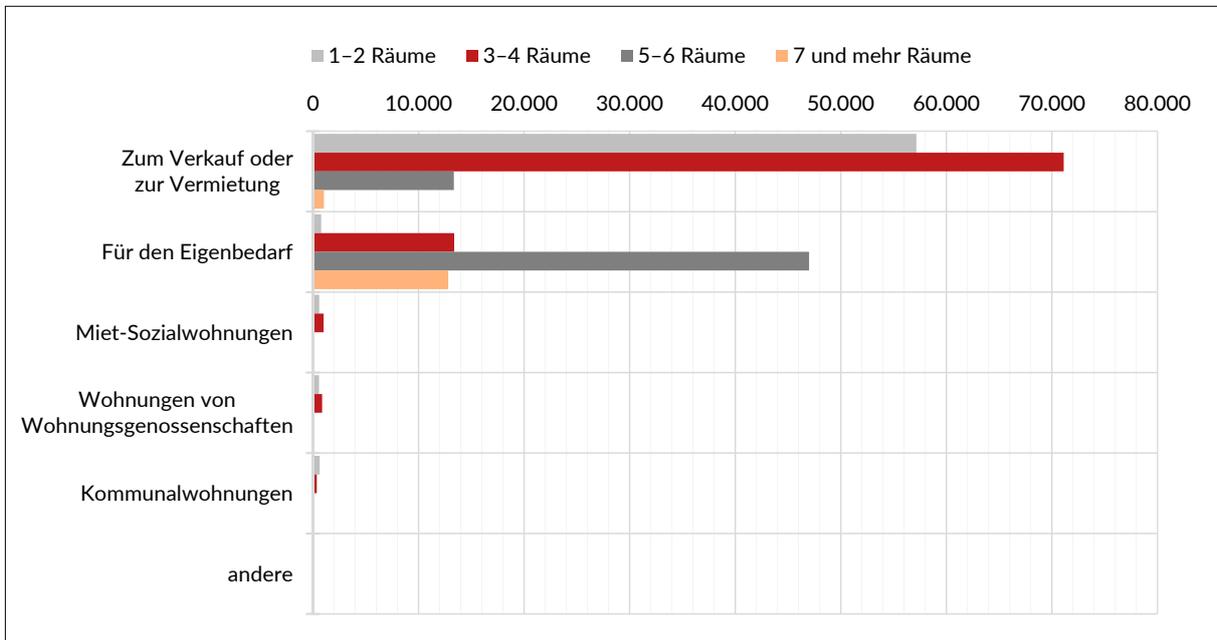


	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Für den Eigenbedarf	150,3	149	148,5	147,7	146,4	145,8	145,1	144,3	143,6	142,9
Zum Verkauf oder zur Vermietung	65,9	63,8	62,4	61,4	61,1	60,5	61,2	60,8	61,6	61,7
Kommunalwohnungen	40,6	42,9	42,4	43,4	40,9	42,5	43,2	40,7	41,7	44,3

Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS).

Quelle: <https://www.ciekawestatystyki.pl/budownictwo-mieszkania-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

**Grafik 9: Anzahl der Räume in den bezugsfertigen Wohnungen 2020**

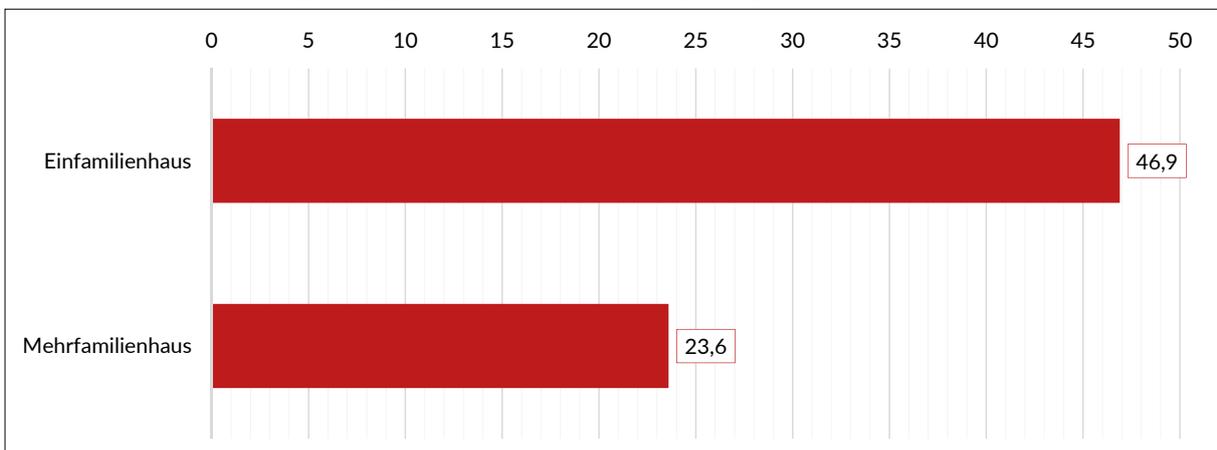


	Zum Verkauf oder zur Vermietung	Für den Eigenbedarf	Miet-Sozialwohnungen	Wohnungen von Wohnungsgenossenschaften	Kommunalwohnungen	andere
1-2 Räume	57.172	784	601	577	646	5
3-4 Räume	71.131	13.386	1.013	871	363	8
5-6 Räume	13.346	46.996	1	50	0	7
7 und mehr Räume	1.042	12.825	0	0	0	7

Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny - GUS).

Quelle: <https://www.ciekawestatystyki.pl/budownictwo-mieszkaniowe-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

**Grafik 10: Dauer der Fertigstellung eines Hauses bis zur Bezugfertigkeit 2020 (in Monaten)**



Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny - GUS).

Quelle: <https://www.ciekawestatystyki.pl/budownictwo-mieszkaniowe-w-polsce> (abgerufen am 09.01.2023).

## CHRONIK

## 06. Dezember 2022 – 16. Januar 2023

06.12.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak und Präsident Andrzej Duda nehmen in Gdingen (Gdynia) zehn Kampfpanzer K2 und 24 Panzerhaubitzen K9 in Empfang. Weitere Teile des mit Südkorea abgeschlossenen Liefervertrages über Rüstungsgüter sollen im kommenden Jahr eintreffen.
07.12.2022	Arkadiusz Mularczyk, Staatssekretär im Außenministerium, beendet seinen zweitägigen Besuch in Berlin und Potsdam. In Berlin führte er Gespräche über die Entschädigungsforderungen Polens gegenüber Deutschland für im Zweiten Weltkrieg erlittene Verluste sowie über den Polnischsprachunterricht für in Deutschland lebende Polen, den Deutschland nach Auffassung der polnischen Regierung finanziell nicht ausreichend ausstattet. Gesprächspartner waren u. a. Bundesbauministerin Klara Geywitz, Anna Lührmann, Staatsministerin für Europa und Klima im Auswärtigen Amt (AA), sowie Andreas Michaelis, Staatssekretär im AA. Mit Dietmar Woidke, Ministerpräsident von Brandenburg, wurden Verbesserungen der Infrastruktur zwischen beiden Ländern, u. a. der Bau von Brücken über die Oder, thematisiert. Mularczyk lobt die gute Gesprächsatmosphäre.
08.12.2022	Swetlana Tichanowskaja, belarussische Oppositionsführerin im litauischen Exil, trifft sich in Danzig (Gdańsk) mit Lech Wałęsa, ehemaliger Anführer der oppositionellen Solidarność-Bewegung in der Volksrepublik Polen und später Staatspräsident der Republik Polen. Tichanowskaja zufolge sagte Wałęsa, dass gegenwärtig ein guter Zeitpunkt für Veränderungen sei, da Russland infolge seines Angriffskrieges gegen die Ukraine international isoliert sei. Außerdem finden Gespräche mit Aleksandra Dulkiewicz, Stadtpräsidentin von Danzig, und Magdalena Czarzyńska-Jachim, Vize-Stadtpräsidentin von Zoppot (Sopot) statt. Anschließend reist Tichanowskaja nach Warschau, wo sie sowie Vertreter der belarussischen Community von Präsident Andrzej Duda empfangen werden. Duda spricht sich in seiner Ansprache für ein freies und souveränes Belarus aus, dessen Gesellschaft über sich selbst bestimmt. Polen wolle keine Grenze mit »einem von Russland besetzten Territorium« haben.
09.12.2022	Außenminister Zbigniew Rau wird in Washington von seinem US-amerikanischen Amtskollegen Antony Blinken empfangen. Blinken lobt die führende Rolle Polens bei der Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg und die Partnerschaft zwischen Polen und den USA, die noch nie so effektiv gewesen sei. Die bilateralen Gespräche betreffen die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Kooperation im Bereich Energie, insbesondere der Atomkraft.
10.12.2022	Auf einem Sonderparteitag von Verständigung (Porozumienie) in Warschau erklärt Jarosław Gowin seinen Rücktritt als Parteivorsitzender. Er wolle damit ermöglichen, dass eine unbelastete Person mit den anderen Oppositionsparteien im Frühjahr Gespräche darüber führen könne, wie die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) bei den Sejmwahlen im Herbst 2023 abgelöst werden könne. Verständigung gehörte in der laufenden Legislaturperiode zunächst dem Regierungslager an; wegen Konflikten mit der PiS trat Gowin von seinem Ministeramt zurück, wurde anschließend in die Regierung zurückgeholt, aus seinem neuen Amt jedoch wieder entlassen. Verständigung gehört nicht mehr der Regierungskoalition an. Gowins Nachfolgerin wird die bisherige Vizevorsitzende von Verständigung, Magdalena Sroka.
12.12.2022	Nach einem Treffen mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Berlin dankt Präsident Andrzej Duda Deutschland für die bevorstehende Lieferung des Raketabwehrsystems Patriot nach Polen. Eine deutsch-polnische Expertengruppe werde gemeinsam überlegen, wo das System in Polen stationiert werden soll. Mitte November war es zu einem Raketeneinschlag eines vermutlich ukrainischen Irläufers in Ostpolen gekommen, wobei zwei polnische Staatsbürger ums Leben kamen. Zum Schutz des polnischen Luftraumes bot Deutschland Polen daraufhin das Patriot-Abwehrsystem an. Polen wollte zwischenzeitlich, dass Deutschland es der Ukraine zur Verfügung stellt, nahm davon jedoch wieder Abstand.
13.12.2022	Der Sejm lehnt den Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen Justizminister Zbigniew Ziobro mit 228 Stimmen ab. Für den Antrag stimmen 226 Abgeordnete. Die Opposition wirft Ziobro eine Blockadehaltung gegenüber der Europäischen Union vor, die dazu geführt habe, dass EU-Gelder, die für Polen vorgesehen sind, nicht freigegeben wurden.
14.12.2022	Die Europäische Kommission teilt mit, dass Polen und weiteren acht EU-Länder insgesamt 6,5 Mrd. Euro Darlehen im Rahmen des SURE-Instruments ausgezahlt werden. Polen erhält ein Darlehen in Höhe von 1,5 Mrd. Euro. SURE soll Arbeitsplätze und Einkommen, die von der COVID-19-Pandemie in Mitleidenschaft gezogen wurden, schützen. Es handelt sich um die neunte und letzte Auszahlung der Europäischen Kommission im Rahmen von SURE.
15.12.2022	Der Sejm verabschiedet das Haushaltsgesetz für das Jahr 2023 (232 Ja-Stimmen, 219 Nein-Stimmen). Veranschlagt werden Ausgaben in Höhe von 672,7 Mrd. Zloty bei Einnahmen in Höhe von 604,7 Mrd. Zloty. Ausgegangen wird von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 % und einer durchschnittlichen Inflationsrate von 9,8 %. Das Gesetz wird nun dem Senat vorgelegt.

16.12.2022	Waldemar Buda, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Technologie, kündigt ein staatliches Förderprogramm für den Erwerb von Wohnraum an. Es gilt für Personen bis zum 45. Lebensjahr, die ihre erste Wohnung kaufen und dafür einen Kredit in Höhe von 500.000 Zloty (Einzelpersonen) bzw. 600.000 Zloty (Paare) aufnehmen. Der Kreditnehmer zahlt Kreditzinsen in Höhe von zwei Prozent, darüber hinausgehende Zinsen sollen vom Staat für einen Zeitraum von zehn Jahren übernommen werden.
19.12.2022	Sejmmarschallin Elzbieta Witek empfängt in Warschau den Präsidenten des Parlaments von Lettland, Edvards Smiltēns. Witek sagt, dass das Interesse der Staaten am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine desto geringer sei, je weiter westlich die Staaten liegen. Der Zusammenarbeit Polens und der baltischen Staaten komme große Bedeutung bei der diplomatischen, humanitären und militärischen Unterstützung der Ukraine zu. Es gelte, das Bewusstsein der Gesellschaften für den Krieg wachzuhalten. Smiltēns betont, dass der russische Präsident Wladimir Putin wegen Verletzung internationaler Vereinbarungen in der Ukraine zur Verantwortung gezogen werden müsse.
20.12.2022	Arkadiusz Mularczyk, Vizeaußenminister und Regierungsbeauftragter für Entschädigungsforderungen Polens an Deutschland in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, ruft den Generalsekretär des Europarates und das Ministerkomitee des Rates auf, die Forderungen Polens nach Entschädigungen vonseiten Deutschlands für Schäden und Verluste, die Polen infolge der deutschen Besatzung zwischen 1939 und 1945 erlitten hat, zu unterstützen.
21.12.2022	Der Generalstab der Polnischen Armee teilt im Nachrichtenkanal Twitter mit, dass Stabschef Gen. Rajmund Andrzejczak in der Ukraine die Städte Irpin und Hostomel besucht hat, die im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine schwer beschädigt wurden. In Gesprächen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Gen. Walerij Saluschnyj werden die logistische Unterstützung und die Waffenlieferungen Polens für die ukrainischen Streitkräfte sowie die Schulung ukrainischer Soldaten und die Behandlung verletzter Soldaten in Polen thematisiert.
22.12.2022	Präsident Andrzej Duda trifft sich in Rzeszów (Ostpolen) mit dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, der auf der Rückreise seines Besuches in den USA ist. Duda teilt anschließend im Nachrichtenkanal Twitter mit, dass die strategische bilaterale Zusammenarbeit für das Jahr 2023 besprochen worden sei. Gegen die Ukraine führt Russland seit Februar einen Angriffskrieg.
23.12.2022	Aktuellen Schätzungen des Finanzministeriums zufolge verzeichnete der öffentliche Haushalt Ende November 2022 einen Überschuss von 18,3 Mrd. Zloty, der sich u. a. aus Mehreinnahmen aus der Mehrwert-, der Verbrauch- und der Körperschaftsteuer ergibt.
27.12.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak empfängt in Warschau seinen französischen Amtskollegen Sébastien Lecornu. Sie schließen einen Vertrag über die Lieferung zweier Aufklärungssatelliten an die polnischen Streitkräfte ab.
28.12.2022	Innenminister Mariusz Kamiński empfängt seinen ukrainischen Amtskollegen Denys Monastyrskyj. Hintergrund ist der Vorfall in der Warschauer Polizeihauptstelle, wo es Mitte Dezember zur Explosion einer Granate kam. Es handelte sich um ein Päckchen, das Polizeipräsident Jarosław Szymczyk zuvor bei seinem Besuch in Kiew (Ukraine) als Geschenk erhalten hatte. In einer gemeinsamen Erklärung der Innenminister wird das große Engagement Polens für die Ukraine, die seit Februar von Russland militärisch angegriffen wird, bekräftigt. Die Ukraine bedauere erneut den Vorfall in der Warschauer Polizeihauptstelle. Das Geschenk für Szymczyk sollte eine entschärfte Granate als Erinnerungsstück an den russischen Krieg gegen die Ukraine sein. Es sei jedoch zu einer Verwechslung und infolge dessen zu der Explosion gekommen. Beide Seiten unterstreichen ihren Willen zur Fortsetzung ihrer engen Zusammenarbeit.
29.12.2022	Vize-Finanzminister Artur Soboń teilt mit, dass die am 1. Februar eingeführte Aufhebung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel (Obst, Gemüse, Fleisch, Fisch, Speiseöl, Milch- und Getreideprodukte) für Familien eine Ersparnis in Höhe von 518 Zloty erbracht habe. Die Aufhebung soll bis Juni 2023 gelten. Ursprünglich betrug die Mehrwertsteuer für diese Produkte fünf Prozent.
01.01.2023	Ab heute gelten gesetzliche Vorschriften zur Einsparung des Stromverbrauchs im öffentlichen Sektor im Jahr 2023 in Höhe von zehn Prozent. Nicht betroffen sind Einrichtungen der kritischen Infrastruktur. Bei Nichterfüllung können Strafen in Höhe von bis zu 20.000 Zloty verhängt werden. Hintergrund für die Sparmaßnahmen ist die Energiekrise infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.
03.01.2023	Das Außenministerium gibt den Erhalt einer diplomatischen Note des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland bekannt. Sie geht auf die Entschädigungsforderungen Polens an Deutschland für Schäden und Verluste infolge der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg ein, die Polen am 3. Oktober in einer diplomatischen Note an Deutschland gerichtet hat. Die Bundesregierung erachte die Angelegenheit der Reparationen und Entschädigungen für Kriegsschäden als abgeschlossen und werde keine Verhandlungen aufnehmen, teilt der Pressesprecher des polnischen Außenministeriums, Łukasz Jasina, mit. Die polnische Regierung werde jedoch ihre Bemühungen fortsetzen, die Forderungen Polens gegenüber Deutschland zu regeln.

03.01.2023	Arkadiusz Mularczyk, Vizeaußenminister und Regierungsbeauftragter für Entschädigungsforderungen Polens an Deutschland in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, wendet sich an die Vereinten Nationen zwecks Unterstützung und Zusammenarbeit bei den Forderungen Polens nach Entschädigungen gegenüber Deutschland für Schäden und Verluste, die Polen infolge der deutschen Besatzung zwischen 1939 und 1945 erlitten hat. Die deutsche Regierung hält die Angelegenheit für abgeschlossen.
04.01.2023	Stanisław Żaryn, Regierungsbeauftragter für Informationssicherheit und Vertreter des Koordinators für die Geheimdienste, warnt im Informationskanal Twitter im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine vor russischer Desinformation in Polen. Er bezieht sich auf angeblich vom Statistischen Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) geführte telefonische Befragungen polnischer Bürger, ob sie einer Einquartierung ukrainischer Flüchtlinge in ihre Privatwohnung zustimmen würden. Das GUS hat bereits dementiert, solche Umfragen durchzuführen.
07.01.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki zeigt sich auf einer Pressekonferenz in Warschau zufrieden, dass Deutschland, Frankreich und die USA Patriot-Flugabwehrraketensysteme an die Ukraine liefern. Die Entscheidung sei nach monatelangem Druck und diplomatischen Bemühungen zustande gekommen; Polen gebe die Handlungsperspektive im Kampf um die Sicherheit der Ukraine und Europas vor, so Morawiecki. Die Ukraine wird seit Februar vergangenen Jahres von Russland angegriffen.
10.01.2023	Arkadiusz Mularczyk, Vizeaußenminister und Regierungsbeauftragter für Entschädigungsforderungen Polens an Deutschland in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, wendet sich an den US-amerikanischen Kongress wegen Zusammenarbeit und Unterstützung Polens bei den Forderungen gegenüber Deutschland nach Entschädigung für Verluste Polens während der deutschen Besatzung in den Jahren 1939 bis 1945. Angesprochen werden der Helsinki-Ausschuss des Kongresses, der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, der Ausschuss für Außenbeziehungen des Senats und die Polnisch-Amerikanische Parlamentariergruppe des Kongresses. Außerdem führt Polen eine Informationskampagne unter den Kongressabgeordneten durch.
11.01.2023	Auf der Pressekonferenz zum Abschluss des Gipfels des Lubliner Dreiecks (Litauen, Polen, Ukraine) in Lemberg (Ukraine) sagt Präsident Andrzej Duda, Polen habe sich entschlossen, eine Kompanie Kampfpanzer des Typs Leopard an die Ukraine zur Verteidigung im russischen Angriffskrieg zu liefern. Dies solle im Rahmen einer internationalen Koalition geschehen, die noch gebildet werden müsse. U. a. bedarf es der Zustimmung Deutschlands, da die Panzer in Deutschland entwickelt wurden. Deutschland hat die Lieferung von Kampfpanzern bisher abgelehnt.
11.01.2023	Rafał Trzaskowski, Stadtpräsident von Warschau, und die Stadtpräsidenten von Prag (Tschechische Republik), Zdeněk Hřib, Budapest (Ungarn), Gergely Karácsony, und Bratislava (Slowakei), Matúš Vallo, treffen in Kiew (Ukraine) ihren Amtskollegen Vitali Klitschko. Trzaskowski und Klitschko unterzeichnen eine Absichtserklärung, dass Warschau Kiew zehn ausgemusterte Metrozüge zur Unterstützung der Kiewer Infrastruktur liefert, die Russland in seinem Angriffskrieg zerstört hat. Die vier Stadtpräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) hatten im Jahr 2019 den sogenannten »Pakt der freien Städte« unterzeichnet, der eine europäische und demokratische Ausrichtung sowie eine ökologische Wirtschaft und die Aktivierung der Zivilgesellschaft zum Ziel hat.
13.01.2023	Der Sejm verabschiedet die von der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebrachte Gesetzesnovelle über das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) mit 203 Ja-Stimmen, 52 Gegenstimmen (darunter alle Abgeordneten des Koalitionspartners Solidarisches Polen/Solidarna Polska) und 189 Enthaltungen der Opposition. Disziplinar- und Immunitätsangelegenheiten von Richtern sollen künftig nicht mehr von der am SN angesiedelten Kammer für berufliche Verantwortung (vormals Disziplinarkammer) behandelt werden, sondern am Obersten Verwaltungsgericht (Najwyższy Sąd Administracyjny – NSA). Die Überprüfung der Unabhängigkeit der Richter soll außerdem künftig nicht nur von einer der Verfahrensseiten, sondern auch vom Gericht qua Amt überprüft werden können. Die Gesetzesnovelle soll, so ihre Autoren, einen der von der Europäischen Kommission gesetzten »Meilensteine« erfüllen, damit Polen die eingefrorenen Finanzmittel für seinen Landesaufbauplan erhält. Die Novelle wird nun an den Senat weitergeleitet.
13.01.2023	Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Warenkorb-inflation im Dezember 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 16,6 %, im Vergleich zu November 2022 0,1 %. Im Jahresdurchschnitt 2022 betrug die Inflationsrate für Privathaushalte bei Gütern und Dienstleistungen 14,4 % (2021: 5,1 %).

16.01.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt in Berlin an den Feierlichkeiten aus Anlass des 50-jährigen Dienstjubiläums des CDU-Abgeordneten Wolfgang Schäuble teil. Morawiecki sagt, der von Deutschland angestrebte »Wandel durch Handel« in Russland sei eine Illusion und ein »Pakt mit dem Teufel« gewesen. Er ruft Deutschland zu entschlossenem Handeln auf und dazu, der Ukraine alle Waffengattungen zu liefern. Eine Niederlage der Ukraine im russischen Angriffskrieg könne der Auftakt zum dritten Weltkrieg sein, deshalb gebe es keinen Grund, die Unterstützung für die Ukraine zu verzögern und sie zu vertrösten. Polen hat letzte Woche angekündigt, Leopard Kampfpanzer an die Ukraine liefern zu wollen. Da sie in Deutschland entwickelt wurden, bedarf es jedoch der Zustimmung Deutschlands.
------------	---

*Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

#### Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,  
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus  
analytical  
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian  
analytical  
digest



Zentralasien-Analysen



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>